

**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 29.11.2013

Niederschrift

über die **42. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 14.11.2013, 15:10 Uhr bis 18:35 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:**Vorsitzender**

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

| | | |
|------------------------|-----------------------|---------------------------------------|
| Herr Malik Karaman | SPD | Vertretung für Frau Dr. Bürgermeister |
| Herr Horst Noack | SPD | |
| Herr Lutz Tempel | SPD | |
| Herr Michael Frenzel | auf Vorschlag der SPD | |
| Frau Birgit Gordes | CDU | |
| Herr Stefan Götz | CDU | |
| Herr Helmut Jung | CDU | |
| Frau Barbara Moritz | GRÜNE | |
| Frau Dr. Sabine Müller | GRÜNE | |
| Frau Bettina Tull | GRÜNE | |
| Herr Ralph Sterck | FDP | ab 15:20 Uhr |
| Frau Judith Wolter | pro Köln | 15:25 Uhr bis 17:40 Uhr |

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

| | |
|--------------------------|-------------------|
| Herr Michael Weisenstein | DIE LINKE |
| Herr Andreas Henseler | Freie Wähler Köln |

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

| | |
|--------------------------------|--------------------------|
| Herr Jörg Beste | auf Vorschlag der Grünen |
| Herr Jürgen Brock-Mildenberger | SPD |
| Herr Norbert Hilden | auf Vorschlag der FDP |
| Herr Gerrit Krupp | |

| | |
|-----------------------|--|
| Herr Günter Leitner | auf Vorschlag der CDU Fraktion bis 18:00 Uhr |
| Herr Christian Möbius | CDU |
| Herr Lothar Müller | DIE LINKE |

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

| | |
|------------------------------|---|
| Frau Sigrid Buchholz | Seniorenvertretung der Stadt Köln |
| Frau Barbara Röttger- Schulz | auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik |
| Frau Sabine Arnolds | KLuST e.V. Vertretung für Herrn Malavasi |

Verwaltung

| | |
|--------------------------------------|--|
| Herr Armin Flucht | Stadtplanungsamt |
| Frau Monika Hallstein | Stadtplanungsamt |
| Frau Eva Herr | Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr |
| Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing | Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr |
| Herr Josef Ludwig | Amt für Wohnungswesen |
| Frau Anne Luise Müller | Stadtplanungsamt |
| Frau Elke Müssigmann | Stadtplanungsamt |
| Herr Gerd Neweling | Amt für Brücken und Stadtbahnbau |
| Herr Werner Stüttem | Amt für Stadtentwicklung und Statistik |
| Frau Ulrike Willms | Bauverwaltungsamt |

Gäste

Herr Höhn, KVB AG
Herr Wittrock, Planungsbüro BPR, Bremen

Schriftführerin

| | |
|-----------------------|--|
| Frau Marianne Michels | Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr |
|-----------------------|--|

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

| | |
|----------------------------|-----|
| Frau Dr. Eva Bürgermeister | SPD |
|----------------------------|-----|

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

| | |
|-------------------------|-----------------------|
| Herr Ingo Schneemann | auf Vorschlag der FDP |
| Herr Dr. Ulrich Soénius | auf Vorschlag der CDU |
| Herr Horst Thelen | GRÜNE |

Vorsitzender Klipper eröffnet die 42. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2009 bis 2014 und begrüßt die Anwesenden. Anschließend verliest er die Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung.

Beigeordneter Höing zieht von Seiten der Verwaltung die Vorlage zu TOP 5.5 –Kolb-Halle- zurück, weil hier noch formale Klärungen herbeizuführen seien.

Vorsitzender Klipper bittet um Vertagung der Vorlage zu TOP 5.4 –Roncalliplatz- weil seine Fraktion hierzu keine Unterlagen erhalten habe.

SE Frenzel bittet darum, dann auch die Bezirksvertretung Innenstadt in die Beratungsfolge einzubeziehen.

RM Moritz macht von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Beratungsbedarf zu TOP 13.2 –Salmstraße- geltend.

SE Hilden macht für die FDP-Fraktion erneut Beratungsbedarf zu den Vorlagen zu TOP 5.1 –Städtebaulicher Masterplan- und 5.2 –Parkraumanalyse linkes Rheinufer- geltend.

Auf Nachfrage von RM Moritz erläutert Vorsitzender Klipper, Grund dieses neuerlichen Vertagungswunsches sei, dass ein Gespräch zur Tiefgarage am Ebertplatz anberaumt sei, welches die FDP erst abwarten wolle.

Ferner schlägt Vorsitzender Klipper vor, die Vorlage zu TOP 6.2 -3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn- vorzuziehen, weil Herr Wittrock vom Planungsbüro BPR anwesend ist und die Planung hier vorstellen möchte. Er fragt nach, ob weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung vorliegen. Da dies nicht der Fall ist, stellt er die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird einstimmig angenommen. Demnach ergibt sich nachfolgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 Aktivitäten von Rat und Verwaltung zur Entwicklung der Hertie-Immobilie in Porz-City
Beantwortung der Anfrage der Freien Wähler Köln vom 20.09.2013
(AN/1151/2013)
3294/2013

2 Schriftliche Anfragen

- 2.1 Verlegung des Busbahnhofs
Anfrage der FDP-Fraktion vom 11.11.2013
AN/1334/2013
- 2.2 Wohnungsbau in Köln - Umsetzungsstand Wohnungsbauprogramm und aktuelle Planungen
Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.11.2013
AN/1356/2013

3 Anträge

- 3.1 Kein Justizzentrum auf dem ehemaligen Gelände der Dom-Brauerei
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.06.2013
AN/0706/2013

und

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 10.07.2013
AN/0948/2013

- 3.2 Rheinufer muss attraktiver werden
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2013
AN/1160/2013

und

Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1380/2013

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln;
hier: Bilanz und Priorisierung der Maßnahmen zur Umsetzung
4634/2012

Zurückgestellt

5.2 Gesamtkonzept zur Attraktivierung und zukunftsfähigen Weiterentwicklung
des linken Rheinuferes zwischen Hohenzollern- und Zoobrücke;
hier: Parkraumanalyse und Workshop-Verfahren
2607/2013

Zurückgestellt

5.3 Städtebaulicher Wettbewerb zur Erstellung einer Konzeption für Wohnbauflä-
chen in Köln-Porz-Zündorf ("Zündorf-Süd")
hier: Beschluss über die Durchführung des städtebaulichen Wettbewerbs und
Bedarfsfeststellung
3306/2013

5.4 Roncalliplatz
hier: Zurverfügungstellung des Roncalliplatzes an das StadtLabor für Kunst im
öffentlichen Raum, Team Markus Ambach / Kay von Keitz zwecks Errichtung /
Durchführung eines "Archivs für ungenutzte Kunst" in der Zeit vom 01.04.2014
bis 12.05.2014 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 31.03. bis 13.05.2014)
3263/2013

Zurückgestellt

5.5 Kolb-Halle an der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld;
hier: Zukünftige planerische Entwicklung des Grundstückes
3537/2013

Zurückgestellt

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln
2594/2013

6.2 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Erweiterter Planungsbeschluss
2790/2013

und

Änderungsantrag Freie Wähler Köln vom 05.11.2013
AN/1294/2013

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

- 7.1 125. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes
Arbeitstitel: Neuordnung ehemaliger Rangierbahnhof Köln-Nippes (Rbf K-Nippes)
hier: Beschluss über die Stellungnahme der Bezirksvertretung zu dem Ergebnis der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Offenlagebeschluss 1102/2013

Zurückgestellt

- 7.2 184. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 3 (Köln-Lindenthal) beziehungsweise 4 (Köln-Ehrenfeld)
Arbeitstitel: "Braunsfeld/Ehrenfeld" in Köln-Braunsfeld/-Ehrenfeld
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) 1956/2013

Zurückgestellt

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

- 10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße/Mottenkaul in Köln-Roggendorf/Thenhoven 2632/2012
- 10.2 Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Bahnstraße in Köln-Rodenkirchen 2196/2013
- 10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 68461/02
Arbeitstitel: Staatenhaus in Köln-Deutz 2425/2013

- 10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Fuchskaule in Köln-Porz-Elsdorf
2518/2013
- 10.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal
3131/2013
- 10.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Leidenhausener Straße in Köln-Porz-Eil
3233/2013
- 10.7 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 68479/04
Arbeitstitel: Am Botanischen Garten in Köln-Riehl
3347/2013
- 10.8 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 67490/08
Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl
3348/2013
- 10.9 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 60539/04
Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler
3392/2013
- 10.10 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 66453/18 Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord
3254/2013
- 11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
- 12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
- 12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59570/05
Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven
3170/2013

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

- 13.1 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 65360/05
Arbeitstitel: Weststraße in Köln-Meschenich, 2. Änderung
4375/2012
- 13.2 Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und erneuter Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes mit geändertem Geltungsbereich sowie Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Salmstraße in Köln-Poll
3244/2013

Zurückgestellt

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

- 14.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 6444 Nb/03 (65459/03)
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Ludolf-Camphausen-Straße in Köln-Neustadt/Nord
2281/2013
- 14.2 Aufhebung der Fluchtlinienpläne 1032 und 1033
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Egonstraße in Köln-Stammheim/-Flittard
3026/2013

15 Sonstige Satzungen

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

17 Mitteilungen

- 17.1 Illuminierung der Heidelberger Straße in Köln-Buchforst
3171/2013
- 17.2 Versorgung mit Lebensmitteln in Kalk
3295/2013
- 17.3 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2012, Ausblick 2013
3346/2013
- 17.4 Fahrradverleihsysteme in Köln
3530/2013

17.5 Grundstück Severinstraße 214-218, Voranfrage zur Klärung des Planungsrechts
1790/2013

18 Mündliche Anfragen

19 Gleichstellungsrelevante Themen

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

20.1 Sozialer Wohnungsbau auf Landesflächen
3241/2013

21 Schriftliche Anfragen

22 Anträge

23 Stadtplanung - Projekte

24 Gestaltungsbeirat

24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 24.09.2013
3452/2013

25 Sonstige Vorlagen

26 Mitteilungen

26.1 63458/02; VEP; Oskar-Jäger-Straße/Ölstraße in Köln-Ehrenfeld; Überprüfung der Möglichkeiten von öffentlich gefördertem Wohnungsbau
3049/2013

27 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Aktivitäten von Rat und Verwaltung zur Entwicklung der Hertie-Immobilie in Porz-City Beantwortung der Anfrage der Freien Wähler Köln vom 20.09.2013 (AN/1151/2013) 3294/2013

SE Henseler hat den Eindruck, die Verwaltung forcieren die Verhandlungen nicht in dem Maße, die der Thematik angemessen wären. Er erwarte, dass hier größere Anstrengungen unternommen werden und die Verwaltungsspitze sich der Sache annehme und fragt an, ob ihm dies zugesichert werden könne. Ferner wolle er auf das noch durchzuführende Gutachterverfahren eingehen; Herr Höing habe bereits angekündigt, dass dieses voraussichtlich in diesem Jahr nicht mehr durchgeführt werden könne, so dass das Verfahren frühestens im ersten Quartal des nächsten Jahres starten könne. Und wenn die für den Verkauf zuständige Dezernentin, Frau Berg, die Auffassung vertrete, das Planungsrecht müsse erst geändert werden, so gehe er davon aus, dass es frühestens Mitte nächsten Jahres zu einem Verkauf komme. Er fragt an, ob er dies richtig sehe.

Beigeordneter Höing widerspricht vehement der Darstellung des Herrn Henseler, es werde nicht mit Hochdruck an der Sache gearbeitet. Er selbst und auch Frau Berg hätten zahlreiche Gespräche mit dem Insolvenzverwalter geführt und Ortstermine wahrgenommen. Tatsache sei jedoch, dass die Verwaltung hier nicht Herr des Verfahrens sei, weil der Insolvenzverwalter und die dahinter stehenden Immobilienfonds bestimmte Preiserwartungen an dem Verkauf der Immobilie hätten. In der nächsten Woche werde er erneut nach Berlin fahren um ein weiteres Mal mit dem Insolvenzverwalter das direkte Gespräch zu suchen. Auch schöpfe die Verwaltung alle Möglichkeiten aus, Kaufinteressenten zu requirieren, beispielsweise habe er auf der EXPO Real für den Standort geworben. Die Kaufinteressenten die bereits gewonnen werden konnten, würden von der Verwaltung intensiv begleitet und zu städtebaulichen Fragestellungen beraten. Er bittet anzuerkennen, dass die Verwaltung auf verschiedensten Ebenen alles unternehme, um das Projekt zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Gleichwohl habe er großes Verständnis für die Ungeduld der Porzer Bevölkerung und gäbe es eine Möglichkeit der Beschleunigung, würde er diese wahrnehmen.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Verlegung des Busbahnhofs Anfrage der FDP-Fraktion vom 11.11.2013 AN/1334/2013

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

2.2 Wohnungsbau in Köln - Umsetzungsstand Wohnungsbauprogramm und aktuelle Planungen
Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.11.2013
AN/1356/2013

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

3 Anträge

3.1 Kein Justizzentrum auf dem ehemaligen Gelände der Dom-Brauerei
Antrag der CDU-Fraktion vom 06.06.2013
AN/0706/2013

und

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 10.07.2013
AN/0948/2013

Vorsitzender Klipper vertagt den Antrag in die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses, da die von der Verwaltung zugesagte Auflistung der Alternativstandorte noch nicht fertig gestellt sei. Gleiches gelte für den Änderungsantrag der FDP hierzu.

3.2 Rheinufer muss attraktiver werden
Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2013
AN/1160/2013

und

Ersetzungsantrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1380/2013

Vorsitzender Klipper gibt bekannt, dass es zur heutigen Sitzung (als Tischvorlage) einen Ersetzungsantrag seiner Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebe. Damit habe sich der Antrag der CDU-Fraktion vom 26.09.2013 erledigt.

RM Moritz, SE Frenzel und Vorsitzender Klipper begründen im Folgenden nacheinander den gemeinsamen Antrag.

RM Sterck kritisiert, dass er im Vorfeld nicht über den Ersetzungsantrag informiert worden sei. Die Intension des Antrages unterstütze er dennoch, auch wenn er sich einen größeren Bezug zum Städtebaulichen Masterplan Innenstadt gewünscht hätte. Teile des Antrages hätten sich erübrigt, wenn Maßnahmen des Masterplans abgearbeitet worden wären, beispielsweise was die Möblierung angehe. Hier stehe u. a. das geforderte Gestaltungskonzept noch aus.

Vorsitzender Klipper geht besonders auf die bereits aufgetretenen Beschädigungen der Basaltufermauern durch die Wurzeln der Pflanzen ein. Der im Ausschuss für Umwelt und Grün gefasste Beschluss zum Schnitt dieser Pflanzen in einem bestimmten Intervall bedürfe dringend der Korrektur. Die derzeitige Pflege reiche bei weitem nicht aus.

Beigeordneter Höing schlägt im Hinblick auf die letztgenannte Bemerkung des Herrn Sterck vor, zu einer der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses einen Überblick zu geben, wo bereits prägnante städtebauliche Projekte verwirklicht wurden oder sich in der Umsetzung oder Planung befinden. Denn seines Erachtens gebe es bereits viele städtebauliche Verbesserungen und er wolle dem Eindruck entgegen treten, dass nur geplant aber nicht gebaut werde.

Vorsitzender Klipper begrüßt im Namen der gesamten Ausschussmitglieder diesen Vorschlag.

SE Weisenstein erinnert in diesem Zusammenhang an die schon vor langer Zeit formulierte Forderung in diesem Ausschuss, dass die Müllsituation am linken Rheinufer verbessert werden müsse. Hier seien bislang keine Fortschritte erkennbar. Ferner regt er an, das Gebiet am Mülheimer Hafen aus dem Antrag herauszunehmen, da die Entwicklung im Rahmen des Werkstattverfahrens festgelegt werden sollte. Im Übrigen möge man auch dafür Sorge tragen, dass nicht die Gastronomiebetriebe in den Vordergrund gestellt werden, sondern genügend Raum für die erholungssuchende Bevölkerung verbleibe.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Klipper den Antrag zur Abstimmung:

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit durch die Erweiterung des gastronomischen Angebots die Attraktivität beider Rheinufer gesteigert werden kann.

Maßnahmen sowie mögliche Standorte sind u.a.:

- a. Das städtische Grundstück an der Oberländerwerft (Gustav-Heinemann-Ufer) nördlich der Haltestelle Schönhauser Straße, zwischen Pumpwerk und südlicher Eisenbahnbrücke, soll zur Bebauung mit gastronomischer Nutzung ausgeschrieben werden. Die Fläche unterhalb der Terrassenkante soll als großzügige Außengastronomiefläche genutzt werden können.

Ferner sollen die schrägen Basaltufermauern vom Pflanzenbewuchs befreit werden, um die Aufenthaltsqualität zu steigern und den Erhalt der historischen Mauern zu sichern.

- b. Die Verwaltung soll vor allem folgende weitere Grundstücke am Rheinufer auf eine mögliche gastronomische Nutzung untersuchen
 - Porz-Mitte – unterhalb des Rathauses auf der Rheinuferpromenade am Friedrich-Ebert-Ufer, ev. Unter Einbeziehung des KHD-Pavillions
 - Deutz – das Tankstellengrundstück (Trafostandort) oberhalb des Festplatzes an der Siegburger Straße
 - Mülheim – Schlackenbergrwerft (alte Kranbahn) am Stammheimer Ufer

- Mülheimer Hafen –jetziges „Anrheiner“-Gelände
 - Nippes – erster Pylon an der Rheinseilbahnstation Innenstadt
2. Die Gesamtgestaltung der beiden Rheinufer soll durch eine optische und qualitative Optimierung der Wege und Plätze entlang der Ufer attraktiver werden. In dem Zusammenhang ist auch eine Installation von Bänken und Spielgeräten (siehe: Neugestaltung der Rheinsteig-Promenade in Wesseling im Rahmen des Regionale 2010-Projektes „Gesamtperspektive Wesseling“) zu überprüfen.
- Vorrangig ist hierbei auf eine Verbesserung der Wegeführung für Fußgänger- und Radfahrerinnen zu achten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

Beigeordneter Höing gibt bekannt, dass es im Dezember zum Werkstattverfahren Mülheimer Hafen eine öffentliche Veranstaltung gebe zu der alle Anwesenden herzlich eingeladen seien.

5 Allgemeine Vorlagen

**5.1 Städtebaulicher Masterplan Innenstadt Köln;
hier: Bilanz und Priorisierung der Maßnahmen zur Umsetzung
4634/2012**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

**5.2 Gesamtkonzept zur Attraktivierung und zukunftsfähigen Weiterentwicklung des linken Rheinufers zwischen Hohenzollern- und Zoobrücke;
hier: Parkraumanalyse und Workshop-Verfahren
2607/2013**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

**5.3 Städtebaulicher Wettbewerb zur Erstellung einer Konzeption für Wohnbauflächen in Köln-Porz-Zündorf ("Zündorf-Süd")
hier: Beschluss über die Durchführung des städtebaulichen Wettbewerbs und Bedarfsfeststellung
3306/2013**

Vorsitzender Klipper stimmt der Beschlussvorlage zu. Er erwarte aber, dass alle bisher gefassten Beschlüsse zu dieser Thematik im weiteren Verfahren entsprechend berücksichtigt würden.

RM Moritz tut sich schwer mit dem Projekt, welches den bisherigen stadtentwicklungspolitischen Zielen wie Innenentwicklung vor Außenentwicklung, deutliche Stärkung der Ortsränder, Abstände zwischen den einzelnen Siedlungsbereichen, etc. entgegen stehe. Sie müsse aber der Aussage der Verwaltung vertrauen, dass die starke Nachfrage nach Wohnraum nicht alleine durch eine Innenentwicklung gedeckt werden könne. Aufgrund der Größe des Plangebietes im Vergleich zum Altbestand bedürfe es einer großen Integrationswilligkeit der Bevölkerung sowie einer behutsamen Planung. Da klar sei, dass die Verlängerung der Stadtbahnlinie erst bei einer bestimmten Anwohnerzahl umgesetzt werde, das Plangebiet aber voraussichtlich in mehreren, kleineren Abschnitten bebaut werde, regt sie an, für die Zwischenzeit eine sogenannte „Bus-Schnelllinie“ über die Trasse zu installieren. Das geplante Verfahren begrüße sie ausdrücklich, beispielsweise, dass die Bezirksvertretung bereits bei der Formulierung des Auslobungstextes einbezogen werde.

RM Tempel zieht in Zweifel, ob die Vergrößerung des Plangebietes auf nunmehr 100 ha mit vermutlich 4000 Wohneinheiten für den Stadtteil noch verträglich sei. Hierzu erwarte er eine fundierte Aussage der Verwaltung. Ferner erwarte er, dass die Baumaßnahmen zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 frühzeitig und mit Nachdruck betrieben würden.

RM Sterck lobt die Verwaltung für ihren Mut eine solche Vorlage einzubringen. Die Politik habe sich in der Vergangenheit oftmals selbst blockiert, indem sie immer höhere Bedingungen an Bauvorhaben aufgestellt habe. Nunmehr müsse es aber vornehmlich darum gehen, ausreichend Wohnraum für den erwarteten Bevölkerungszuwachs zu generieren. Bezüglich der Verlängerung der Stadtbahntrasse stimme er den Ausführungen von Frau Moritz zu. Der Nachweis von Wohnraum sei ebenfalls erforderlich, um den Bau einer Umgehungsstraße zu begründen. Und ebenso wie Frau Moritz begrüße er das geplante Verfahren, möchte aber wissen, was unter „Einbeziehung der örtlichen Politik“ konkret zu verstehen sei.

SE Götz weist darauf hin, dass seitens des Landes bei den derzeitigen Planungen zur Verbreiterung der Autobahn eine Anbindung der Umgehungsstraße nicht mehr vorgesehen sei. Dies liege auch daran, weil die Umgehungsstraße nicht mehr im Landesstraßenbedarfsplan enthalten sei, sondern nur noch ein Teilabschnitt von der Autobahn bis zur Frankfurter Straße. Er bittet daher die Verwaltung mit dem Land in Verhandlung zu treten mit dem Ziel, alle Optionen offen zu halten. Anderenfalls seien erhebliche Probleme bei der Realisierung zu erwarten.

Beigeordneter Höing antwortet auf die Frage des Herrn Sterck, dass damit das übliche Verfahren gemeint sei. Zum Projekt selbst – Herr Tempel habe eben einige Zahlen und Hochrechnungen genannt-, so sei er ebenso der Auffassung, dass hier mit aller Behutsamkeit vorgegangen werden müsse. Das vorgeschlagene Verfahren solle unter anderen auch dazu dienen, das rechte Maß zu finden, die Kante zwischen Bebauung und Landschaft auszuformulieren und die Frage der Dichte zu beurteilen. Denn es sei in der Tat so, dass es sich um eine große Stadterweiterung für einen relativ kleinen Ort handele und deshalb sei es geboten, mit aller Sensibilität vorzugehen. Auch in Bezug auf die einzufordernde Qualität und die konkrete Aufgabenstellung möge man sich mit aller Ernsthaftigkeit der Debatte vor Ort stellen.

Vorsitzender Klipper hat diesbezüglich auch den Anspruch an die Verwaltung, in der Bürgerinformation von Beginn an belastbare und auch im Nachhinein verifizierbare Zahlen zu präsentieren. Anschließend stellt er den Verweisungsbeschluss ohne Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.4 Roncalliplatz

**hier: Zurverfügungstellung des Roncalliplatzes an das StadtLabor für Kunst im öffentlichen Raum, Team Markus Ambach / Kay von Keitz zwecks Errichtung / Durchführung eines "Archivs für ungenutzte Kunst" in der Zeit vom 01.04.2014 bis 12.05.2014 (incl. Auf- und Abbauzeiten vom 31.03. bis 13.05.2014)
3263/2013**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

5.5 Kolb-Halle an der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld; hier: Zukünftige planerische Entwicklung des Grundstückes 3537/2013

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln 2594/2013

SE Beste regt an, den derzeit noch im Bau befindlichen Rheinboulevard in die Priorisierung aufzunehmen.

SE Frenzel fragt an, ob durch die geplante Bürgerbeteiligung die vorgenommene Priorisierung noch verändert werden könnte. Dies hielte er für wenig sinnvoll, weil die Standorte bereits eingehend untersucht worden seien. Bezüglich der Grünanlagen hege er Zweifel, ob die anvisierten Container die beste Lösung seien. Aus gestalterischen Gründen bittet er um Prüfung, ob die Toilettenanlagen in Bestandsbauten integriert werden könnten, wie beispielsweise im Volksgarten. Ferner spreche er sich dafür aus, die Toiletten für Mitarbeiter der KVB in Gänze für die Öffentlichkeit zu öffnen. Denn seiner Ansicht nach mache es keinen Sinn, Toilettenanlagen verschiedener Anbieter nebeneinander zu platzieren. Zudem werde dadurch das Stadtbild erheblich gestört.

SE Röttger-Schulz begrüßt im Namen der Mitglieder der Stadt AG Behindertenpolitik und der Selbsthilfe ausdrücklich das Strategiepapier zum Toilettenkonzept. Es sei nicht nur einen Gewinn für Menschen mit Behinderungen, sondern für alle Menschen dieser Stadt im Sinne der Inklusion. Insbesondere begrüße sie, dass die Verwaltung um Benennung von Ansprechpartnern aus dem Kreis der Behindertenverbände gebe-

ten habe, um die Standortfrage unter Beteiligung dieser Menschen zufriedenstellend zu klären.

Frau Willms (Bauverwaltungsamt) stellt im Folgenden kurz die Inhalte des Konzeptes vor. Derzeit erfasst seien die bereits diesbezüglich gefassten Beschlüsse aus den Bezirksvertretungen und darüber hinaus werde es im Laufe des Verfahrens weitere Anregungen aus der Bevölkerung und/oder weitere Forderungen aus den Bezirksvertretungen geben. Alle diese Wünsche würden dann der bereits festgelegten Entscheidungsmatrix unterworfen um transparent darstellen zu können, in welche Priorisierung sie eingeordnet werden. Die Toilettenanlagen in den Grünflächen seien aufgrund eines Beschlusses aus diesem Jahr bereits realisiert worden. Diese würden auch gut angenommen, jedoch habe sie auch hier den Auftrag aus der Politik, die Gestaltung zu optimieren, damit sie sich besser in die Umgebung einfügen. Bezüglich der Toiletten der KVB verhalte es sich so, dass diese aufgrund ihres Zustandes und des Reinigungsintervalles nur bedingt zur Öffnung für die Allgemeinheit geeignet seien. Auch hier bedürfe es weiterer Verhandlungen.

Vorsitzender Klipper möchte wissen, ob das Verfahren, welches rund 1,5 Mio. € koste, ausgeschrieben worden sei. Auch interessiere ihn, wie die AWB die Grundinvestition finanziere. Er bittet um Beantwortung dieser Fragen bis spätestens zur Sitzung des Finanzausschusses. Anschließend stellt er die Vorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Verwaltung gemeinsam mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH & Co. KG (AWB) erstellte Toilettenkonzept zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG (AWB) mit der Errichtung und dem Betrieb der öffentlichen Toilettenanlagen unter Einbeziehung der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) im Rahmen einer Inhouse-Vergabe zu beauftragen und ermächtigt die Verwaltung, einen unbefristeten Vertrag auf Basis des Konzeptes abzuschließen.
3. Für die bereits 2014 aus dem abzuschließenden Vertrag umzusetzenden Maßnahmen werden zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen in Höhe von 96.500 € im Teilplan 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung – Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2014 freigegeben.
4. Der Rat beschließt, die bis 31.12.2014 befristete Maßnahme eines Toilettenangebots über private Unternehmen (z.B. Gaststätten) über das Jahr 2014 hinaus fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**6.2 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Erweiterter Planungsbeschluss
2790/2013**

und

**Änderungsantrag Freie Wähler Köln vom 05.11.2013
AN/1294/2013**

Herr Wittrock vom Planungsbüro BPR, Bremen, stellt die Planung mit Hilfe einer Powerpoint-Präsentation vor.

Vorsitzender Klipper dankt Herrn Wittrock für seinen informativen Beitrag. Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses bittet er, sich bei der heutigen Diskussion auf die städtebaulichen Aspekte zu konzentrieren.

Beigeordneter Höing hebt die Bedeutsamkeit des Projekts hervor. Der Bau der Stadtbahn stelle einen erheblichen Eingriff in eine bestehende Stadtstruktur dar und deshalb gelte es, mit Sensibilität vorzugehen. Aus diesem Grunde sei auch ein intensives Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt worden. Die öffentlichen Diskussionen hätten dazu beigetragen, die Planung an bestimmten Stellen zu verfeinern und es gelte nun, zwischen den unterschiedlichen Belangen abzuwägen. Positiv hervorheben möchte er, dass bei der Planung innerhalb eines langen Zeitraums der Anspruch auf eine angemessene Stadtgestaltung nicht verloren gegangen sei.

SE Frenzel hält die Planung insgesamt für sehr gelungen. Er bedaure jedoch, dass die „Villa Lenders“ nun offensichtlich doch einer Verkehrsfläche weichen müsse. Er bittet, die Anregungen aus der Bezirksvertretung Rodenkirchen aufzunehmen.

RM Moritz hält zunächst fest, dass die Verengung der Bonner Straße zugunsten einer oberirdischen Stadtbahn und einer gewissen Qualität für Fußgänger und Radfahrer, bewusst in Kauf genommen worden sei. Hierzu gebe es viel Protest. Aber anders als in diesen Protestschreiben zum Ausdruck gebracht, habe sie die Befürchtung, dass sich der motorisierte Verkehr künftig seinen Weg über die Vorgebirgsstraße suchen könnte. Insbesondere der Bereich zwischen Gürtel und Südstadion sei jedoch von Wohnbebauung geprägt, weswegen dieser möglichen Entwicklung entgegen gewirkt werden müsse. Sie habe den Anspruch, dass die Verwaltung verkehrsplanerische Lösungen hierzu entwickle. Ferner halte sie es mit Blick auf die Entwicklungen zu ESIE für bedauerlich, dass es bereits detaillierte Vorstellungen zu den Anschlussstellen an die Bonner Straße gebe. Hierzu habe er Waddey im Verkehrsausschuss einen Vorschlag unterbreitet, den sie nun zitiere: „mithin sollte im Planfeststellungsverfahren seitens der Stadt darauf geachtet werden, dass nur die planfeststellungsnotwendigen Dinge geregelt werden“. Diese Anregung möge übernommen werden, denn im Rahmen von ESIE gebe es unter anderem die Überlegung, immissionsstarke Verkehrsschneisen zu bündeln. Hierbei würde es sich anbieten, den Ost-West Verkehr entlang des Bahndammes zusammenzufassen. Dies hätte auch eine Entlastung des Kreuzungsbereiches Schönhauser Straße/Marktstraße zur Folge. Auch vor dem Hintergrund, dass der Abfluss vieler anderer Verkehrswege noch unklar sei, möge man im Planfeststellungsverfahren so wenig wie möglich festlegen. Den scheinbar mehrheitlich geäußerten Wunsch, die Haltestellen mit Mittelbahnsteigen auszustatten, könne sie unterstützen. In Bezug auf die Neuanpflanzung von Bäumen sei sie durchaus der Ansicht, dass es an bestimmten prägnanten Stellen angemessen wäre, bereits hoch gewachsene Bäume zu verwenden. Die in der Planung vorgestellten „Z-Überwege“ finde sie indes äußerst abstoßend.

RM Sterck lobt die durchgeführte breite Bürgerbeteiligung. Auch handele es sich seines Erachtens um eine ordentliche und gute Planung aus einem Guss. Der Bau der Stadtbahn trage zudem zu einer Aufwertung der Bonner Straße bei und es sei gelungen, den hierfür notwendigen Abriss von Gebäuden auf drei zu reduzieren. Die FDP-Fraktion habe sich bereits zu Beginn der Debatte dafür ausgesprochen, die U-Bahn bis zum Gürtel zu verlängern, um einen Engpass an der Marktstraße zu verhindern. Frau Moritz habe bereits einiges zu den erwarteten verkehrlichen Auswirkungen gesagt; wichtig sei in diesem Kontext aber auch der zügige und leistungsfähige Ausbau der Rheinuferstraße. Ferner präferiere auch er aus gestalterischen Gründen die Mittelbahnsteige, da sie weniger in den Stadtraum eingreifen. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung zur Endhaltestelle an der Lindenallee trage seine Fraktion mit, wobei er die geradlinige Variante der Ausfahrt zum Bonner Verteiler bevorzuge. Insofern unterstütze seine Fraktion weitgehend die Vorschläge aus der Bezirksvertretung Rodenkirchen, bis auf den Wunsch auf Reduzierung der Fahrbahnen an der Kreuzung Schönhauser Straße/Marktstraße. Diesbezüglich verlasse er sich auf die Aussage der Verwaltung, dass dadurch die verkehrliche Leistungsfähigkeit nicht mehr gewährleistet wäre. Abschließend bittet er die Verwaltung zum Sachstand der „Villa Lenders“ Stellung zu nehmen.

Beigeordneter Höing sagt zu, eine ausführliche Stellungnahme hierzu nachzureichen.

Vorsitzender Klipper nimmt von Seiten der CDU-Fraktion Stellung: die vorliegende Planung werde grundsätzlich begrüßt, allerdings werde befürchtet, dass die Bonner Straße die Verkehre aus Süden nicht vollständig aufnehmen könne. Auch die Rheinuferstraße könne dies nicht ausgleichen. Vielmehr erwarte er eine erhebliche verkehrliche Mehrbelastung im Stadtteil Marienburg. Er lege großen Wert darauf, dass die Verwaltung Maßnahmen konzipiere, die dies verhindern. Ferner sei er zum Teil unzufrieden mit der Darstellung der Radspuren. Er halte es für gefährlich, an Engstellen den Radfahrstreifen über die Fahrbahn für den Kfz-Verkehr zu führen. Hierzu gebe es bereits Erfahrungswerte, die ein solches Gefährdungspotential bestätigen. Die Thematik möge im Verkehrsausschuss noch einmal aufgegriffen werden. In Bezug auf die Ausführungen von Frau Moritz zum ESIE-Gebiet, weise er darauf hin, dass die Planung in dem in Rede stehenden Gebiet bereits abgeschlossen sei und nicht mehr verändert werden könne. Die Anregungen aus der Bezirksvertretung Rodenkirchen trage seine Fraktion mit. Auch begrüße sie das durchgeführte Verfahren, insbesondere zur Bürgerbeteiligung. Er bittet die Verwaltung, die Öffentlichkeit weiterhin umfassend über den Fortgang des Projekts zu informieren.

SE Leitner spricht sich mit Nachdruck gegen einen Abriss der unter Schutz gestellten „Villa Lenders“ aus. Dieses Bauwerk sei identitätsstiftend für den Stadtteil und sollte man zu dem Ergebnis gelangen, dass ein Abriss unumgänglich sei, so möge man das Denkmal Stein für Stein abtragen und an anderer Stelle wieder errichten.

SE Henseler begründet im Folgenden den eingebrachten Änderungsantrag der Freie Wähler Köln, welcher Ausfluss von Unzufriedenheiten, bzw. Anregungen aus der Bürgerschaft sei. Er halte es für angemessen, wenn die geäußerten Bedenken im weiteren Planungsprozess berücksichtigt würden.

RM Sterck beantragt, den in der Bezirksvertretung auf Vorschlag der SPD abgelehnten Beschlusspunkt 8 zum geradlinigen Verlauf der Bonner Straße zum Verteilerkreis im Stadtentwicklungsausschuss zur Abstimmung zu stellen und über den Punkt 1 der Bezirksvertretung getrennt abzustimmen.

RM Moritz begrüßt zwar grundsätzlich auch einen geradlinigen Straßenverlauf, soviel sie wisse, sei dies aber nicht umsetzbar, weil man hier auf Flächen des Landes treffe und die zuständige Behörde dies bereits abgelehnt habe.

Vorsitzender Klipper erwidert, dies möge noch geprüft werden. In jedem Falle aber solle dies als Anregung mit aufgenommen werden. Im Übrigen spreche er sich von Seiten der CDU-Fraktion dafür aus, die Vorlage heute ohne Votum, aber mit allen Anmerkungen in den Verkehrsausschuss zu verweisen.

RM Moritz fasst aus stadtentwicklungspolitischer Sicht zusammen, dass hierbei auf folgende in der heutigen Diskussion entwickelte Anregungen besonders Wert gelegt werden solle:

- Bevorzugt wird der Bau von Mittelbahnsteigen
- Im Planfeststellungsverfahren sollen ausschließlich die planfeststellungsrelevanten Dinge geregelt werden.

Vorsitzender Klipper ergänzt, eine weitere Betonung möge auf die Prüfung eines geradlinigen Verlaufs der Bonner Straße zum Verteilerkreis liegen. Bezüglich des Änderungsantrages der Freie Wähler Köln schlägt er vor, diesen zur Beratung in den Verkehrsausschuss zu verweisen. Nachdem er Einvernehmen feststellt, lässt er in diesem Sinne abstimmen:

1. Beschluss: (*Verwaltungsvorlage*)

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum und mit Diskussionsbeiträgen in den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2. Beschluss: (*Änderungsantrag*)

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist den Änderungsantrag zur Beratung in den Verkehrsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

- 7.1 125. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes**
Arbeitstitel: Neuordnung ehemaliger Rangierbahnhof Köln-Nippes (Rbf K-Nippes)
hier: Beschluss über die Stellungnahme der Bezirksvertretung zu dem Ergebnis
der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung und Offenlagebeschluss
1102/2013

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

- 7.2 184. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 3 (Köln-Lindenthal) beziehungsweise 4 (Köln-Ehrenfeld)**
Arbeitstitel: "Braunsfeld/Ehrenfeld" in Köln-Braunsfeld-/Ehrenfeld
hier: Einleitungsbeschluss und Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB)
1956/2013

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

- 8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

- 9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**

- 10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung**
Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße/Mottenkaul in Köln-Roggendorf/Thenhoven
2632/2012

RM Moritz spricht sich seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und im Namen der SPD-Fraktion für die Weiterverfolgung der Variante 2 aus.

Vorsitzender Klipper ist der Auffassung, beide Varianten mögen in die Öffentlichkeitsbeteiligung gegeben werden und stellt die Vorlage in Form des neuen Beschlussvorschlages gem. Anlage 14 zur Abstimmung:

Beschluss: (gem. Anlage 14)

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet südwestlich der vorhandenen Bebauung Sinnersdorfer Straße 175 und Mottenkaul 12 bis 16 sowie Further Weg 12 bis 14 zwischen Sinnersdorfer Straße und Mottenkaul mit einer Tiefe von circa 63 m in südwestlicher Richtung —Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße/Mottenkaul in Köln-Roggendorf/Thenhoven— einzuleiten mit dem Ziel, eine Einfamilienhausbebauung mit circa 39 Wohneinheiten in Form von zweige-

schossigen Doppel- und Reihenhäusern und zugehöriger Erschließung festzusetzen;

2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: Sinnersdorfer Straße/Mottenkaul— zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1.
3. beschließt, nach § 2 Absatz 1 BauGB einen Bebauungsplan für das Gebiet südlich des Grundstücks Mottenkaul 11, südliche Grenzen der Grundstücke Am Feldgarten 1 bis 13 bis zur Quettinghofstraße, circa 75 m in Richtung Süden entlang des Feldweges (Verlängerung Quettinghofstraße), circa 230 m in Richtung Nordwesten bis zur Straße Mottenkaul in Höhe des Privatweges zum Reiterhof und östlich der Straße Mottenkaul mit einer Länge von circa 90 m bis zur südlichen Grenze des Grundstücks Mottenkaul 11 –Arbeitstitel: Östlich Mottenkaul in Köln-Roggendorf/Thenhoven– aufzustellen mit dem Ziel, eine Einfamilienhausbebauung mit circa 25 Wohneinheiten in Form von ein- bis zweigeschossigen Einzel- und Doppelhäusern und zugehöriger Erschließung festzusetzen;
4. nimmt das städtebauliche Planungskonzept –Arbeitstitel: Östlich Mottenkaul– zur Kenntnis und beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach Modell 1.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.2 Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: Bahnstraße in Köln-Rodenkirchen 2196/2013

Vorsitzender Klipper hält die städtebauliche Figur im Bereich der Friedrich-Ebert-Straße bis zum Bahnhof für sehr gelungen, auch was die soziale Mischung angehe. Nur den Abschluss mit vier vierzehn Stockwerken hohen Gebäuden erachte er an diesem Standort als unverträglich. Er habe die dringende Bitte an die Verwaltung, gemeinsam mit dem Investor andere, dem Umfeld angepasste und städtebaulich verträgliche Entwürfe zu konzipieren. Die Hochhäuser seien weder in ihrer Form noch in ihrer Höhe Ergebnis des seinerzeit durchgeführten Wettbewerbes.

RM Moritz räumt ein, dass die bereits jetzt existierenden Hochhäuser das Stadtbild extrem negativ beeinflussen. Durch deren Lage nahe des Rheins und dessen Verschwenkungen seien sie zudem aus mehreren Perspektiven und auf weite Entfernungen hinweg sichtbar. Sie wolle aber auch darauf hinweisen, dass diese Bauten vor der Eingemeindung errichtet worden seien. Die Hochbauten in der aktuellen Planung führten aufgrund ihrer Lage jedoch nicht zu einer wesentlichen Veränderung der Silhouette des Stadtteils Rodenkirchen. Allerdings dürfe dies nicht dazu führen, dass andere Investoren daraus Rechte ableiten könnten. Auch wenn sie grundsätzlich keine Befürworterin solcher Hochbauten sei, so müsse doch anerkannt werden, dass hier ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung von Wohnraum geleistet werde und der Investor die Immobilie im Bestand halten wolle, anstatt sie weiter zu veräußern. Zudem habe er ihres Wissens nach zugesagt, die Grünflächen entsprechend zu gestalten und für ein bestimmtes Segment preisgedämpften Wohnungsbau vorzuhalten. Dies möge in einem städtebaulichen Vertrag verifiziert werden. In jedem Falle sei sie dafür, das

Vorhaben zunächst in die Öffentlichkeitsbeteiligung zu geben, um danach über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

RM Sterck begrüßt ebenfalls, dass mit Verwirklichung des Projekts ein wichtiger Beitrag zur Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum geleistet werde. Auch das Plankonzept unterstütze er, zumal sich die zuständige Bezirksvertretung ebenfalls einstimmig bei einer Enthaltung der CDU dafür ausgesprochen habe.

Vorsitzender Klipper merkt in Bezug auf die Ausführungen von Frau Moritz an, dass der Investor lediglich einen Teil im unteren Bereich im Bestand halten wolle und dort preisgedämpften Wohnungsbau anbieten werde. Im Übrigen wiederhole er seine Bitte, eine Kammeroper in das Projekt zu integrieren. Anschließend stellt er die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: Bahnstraße in Köln-Rodenkirchen— zur Kenntnis;
2. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) nach Modell 2 (Abendveranstaltung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 68461/02
Arbeitstitel: Staatenhaus in Köln-Deutz
2425/2013**

Vorsitzender Klipper macht einleitend deutlich, dass er das Verfahren nicht anhalten wolle, er aber erwarte, dass die Einwendungen der Messe im Rahmen der Abwägung entsprechend abgearbeitet würden.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) verweist auf Anlage 7, Punkt 2.1 sowie der im Anschluss dieser Anlage verfassten Stellungnahme der Verwaltung hierzu und erläutert diese. Die Verkehrssituation werde im Rahmen der Offenlage mit Hilfe eines Verkehrsgutachtens aufgearbeitet und dann entsprechend abgebildet. Dies sei auch mit der Messe entsprechend vereinbart worden.

RM Moritz regt an, im Falle des Zusammentreffens einer Großmesse mit Veranstaltungen des Musical-Betriebes einen Shuttle-Service oder ähnliches einzurichten.

Frau Müller versichert, derartige logistische Möglichkeiten im Rahmen des „Masterplan Messe“ zu untersuchen.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf 68461/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen Rheinparkweg, westliche

beziehungsweise nordwestliche Grenze der Flurstücke 292 und 198 (Gemarkung Deutz, Flur 32), nordöstliche Grenze Tanzbrunnen, Linie circa 35 m parallel nordwestlich der Gebäudegrenze "Staatenhaus", Linie circa 30 m parallel nordöstlich der Hochwasserschutzwand, Auenweg in Köln-Deutz –Arbeitstitel: Staatenhaus in Köln-Deutz– nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Fuchskaule in Köln-Porz-Elsdorf
2518/2013

RM Moritz spricht sich für den alternativen Bebauungsplanvorschlag mit 190 Wohneinheiten aus. Sie wundere sich allerdings über den im Plankonzept zu sehenden „Zwickel“ und bittet darum, dass sollte dieser einen Ortsrand darstellen, diesen auch auszubilden.

Vorsitzender Klipper glaubt zu wissen, dass es sich hier größtenteils um Ausgleichsflächen handele, die nicht bebaut werden dürften. Er habe aber die Bitte an die Verwaltung zu prüfen, ob dies in der Tat so sei und ob ein homogenerer Übergang geschaffen werden könne. Anschließend stellt er den Verweisungsbeschluss ohne Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Ausschuss für Umwelt und Grün und die Bezirksvertretung Porz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal
3131/2013

Vorsitzender Klipper gibt bekannt, dass die CDU-Fraktion nach wie vor die Vorlage ablehne, weil der Standort ihres Erachtens einen zu großen Einschnitt in die Grünflächen bewirke. Anschließend stellt er die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet südlich der Straße Heidekaul, westlich der Bonner Straße, nördlich der Militärringstraße und östlich der Wohnbebauung (Heidekaul 1 bis 9) — Arbeitstitel: "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal— aufzustellen mit dem Ziel, eine Park-and-ride-Anlage, eine Fläche für Sportanlagen (Tennisanlage) sowie den vorhandenen Baumbestand als öffentliche Grünfläche festzusetzen;
2. nimmt das städtebauliche Planungskonzept —Arbeitstitel: "Park-and-ride-Anlage Bonner Straße" in Köln-Raderthal— zur Kenntnis;
3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB nach Modell 1.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Verkehrsausschuss und die Bezirksvertretung Rodenkirchen ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion.

**10.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Leidenhausener Straße in Köln-Porz-Eil
3233/2013**

RM Sterck hätte sich ein Gesamtkonzept für den ersten und zweiten Bauabschnitt gewünscht. Insofern sei er unzufrieden mit dieser Vorlage.

SE Frenzel unterstützt die Aussage des Herrn Sterck. Er habe sich die Situation vor Ort angesehen und sei ebenfalls der Meinung, die beiden Baufelder mögen gemeinsam entwickelt werden, beispielsweise mit einem vorgeschalteten Gutachterverfahren.

Auch Vorsitzender Klipper schließt sich den Auffassungen seiner Vorredner an. Anschließend stellt er den Verweisungsbeschluss ohne Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage mit Anmerkungen zur Anhörung in den Ausschuss für Umwelt und Grün und die Bezirksvertretung Porz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 68479/04
Arbeitstitel: Am Botanischen Garten in Köln-Riehl
3347/2013**

SE Götz spricht sich für die CDU-Fraktion wiederholt gegen derartige Vorlagen aus, weil zunächst der Ersatz der dadurch entfallenden Stellplätze geregelt werden müsse, beispielsweise durch die Errichtung von Quartiersgaragen.

RM Sterck äußert völliges Unverständnis für diese Aussage. Die Verwaltung habe in diesem Ausschuss den Auftrag erhalten, Vorgärten vor der Umwandlung in Stellplätze zu sichern und er sei froh, dass sie dem nachkomme. Jeder Stellplatz in einem Vorgarten blockiere entsprechende Flächen im öffentlichen Straßenraum; und dies Rund um die Uhr, so dass dadurch sogar Stellplätze vernichtet würden.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage zur Abstimmung (über einen möglichen Wiedervorlageverzicht wurde nicht abgestimmt):

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Nippes.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion.

**10.8 Beschluss über die Aufstellung und Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 67490/08
Arbeitstitel: Drosselweg/Finkenplatz in Köln-Niehl
3348/2013**

SE Frenzel fragt an, warum das Gebiet nördlich des Finkenplatzes ausgenommen worden sei.

Beigeordneter Höing sagt zu, eine Antwort nachzureichen.

Daraufhin stellt Vorsitzender Klipper die Vorlage ohne Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Nippes.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU-Fraktion.

**10.9 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 60539/04
Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler
3392/2013**

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf 60539/04 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen der Griesberger Straße, Frohnhofstraße, Weilerstraße und der Chorbuschstraße in Köln-Esch/Auweiler — Arbeitstitel: Griesberger Straße in Köln-Esch/Auweiler— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Chorweiler ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 66453/18 Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord
3254/2013**

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 66453/18 mit gestalterischen Festsetzungen für das Flurstück 575 sowie Teilflächen der städtischen Flurstücke 583 und 733 (alle Gemarkung Köln, Flur 21) in Köln-Altstadt/Nord –Arbeitstitel: Magnusstraße in Köln-Altstadt/Nord– nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59570/05 Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven 3170/2013

SE Frenzel legt Wert darauf, dass die Wegebeziehung nach Süden auf beiden Achsen gesichert werde. Denn falls irgendwann eine Erweiterung des Baugebietes nachfolgender Generationen angestrebt werde, müsse die Option einer Durchwegung bestehen.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) erläutert, die betroffenen Eigentümer hätten ein solches Wegerecht abgelehnt.

Herr Flucht (Stadtplanungsamt) zeigt anhand eines vergrößerten Parzellenabschnittes und eines Luftbildes auf der Powerpoint-Präsentation die derzeitigen Flächenzuschnitte. So führe die in Rede stehende Verbindung über eine Tiefgarage, einen Kräutergarten und einen Gartenteich. Und da ein Bebauungsplan auf die Umsetzung in absehbarer Zeit angelegt sei, stehe die Weigerung der Eigentümergemeinschaft der Festsetzung eines Wegerechtes entgegen.

RM Moritz bezweifelt die Aussage, dass Planrecht binnen kurzer Zeit verwirklicht werden müsse. Dann wäre die Entwicklung perspektivischer Bebauungspläne gar nicht mehr möglich. Eine solche Rechtsauslegung erachte sie als schlichtweg falsch.

Gelöscht: ja

Herr Flucht macht deutlich, dass wenn man das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht durchsetzen wolle, die Festsetzung einer öffentlichen Verkehrsfläche notwendig sei. Dies wiederum setze ein Enteignungsverfahren mit den bekannten, besonders zu begründenden Bedingungen voraus.

Gelöscht: widerum

SE Frenzel wendet ein, derzeit gehe es lediglich darum, dass sollte es irgendwann in der Zukunft andere Interessen geben, sichergestellt sei, dass die Fläche weiterhin unbebaut sei.

RM Moritz erinnert auch noch mal an die bisher vertretene Philosophie im Stadtentwicklungsausschuss, stets eine Verknüpfung des Randes mit dem Altbestand anzustreben. Hierzu sei es unerlässlich das in Rede stehende Wegerecht zu sichern, was ihres Erachtens auch rechtlich möglich sei. Im Übrigen kritisiere sie mit Nachdruck das Vorgehen der Verwaltung, den mehrfach formulierten Willen des Stadtentwicklungsausschusses im Rahmen der Abwägung auszuhebeln.

Vorsitzender Klipper schließt sich den Worten seiner Vorredner an. Die einvernehmliche Forderung des Stadtentwicklungsausschuss auf Sicherung eines Wegerechtes solle Aufrecht erhalten werden und lässt in diesem Sinne abstimmen:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat folgenden, geänderten Beschluss zu fassen:

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 59570/05 für das Gebiet der landwirtschaftlichen Flächen zu beiden Seiten des Straberger Weges beziehungsweise

nordwestlich der Grundstücke Sinnersdorfer Straße 92 bis 158, unter Einbeziehung der Gärten der Grundstücke Sinnersdorfer Straße 118 bis 156, in Köln-Roggendorf/Thenhoven —Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2 **mit folgender Ausnahme: Die Stellungnahme 7 ist zurückzuweisen und dem Verwaltungsvorschlag ist nicht zu folgen; d.h. die östliche Geh,-Fahr- und Leitungsrechtfläche soll im Sinne des offengelegten Bebauungsplan-Entwurfs beibehalten werden;**

2. den Bebauungsplan-Entwurf 59570/05 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) **nicht** zu ändern;
3. den Bebauungsplan 59570/05 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

13.1 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 65360/05 Arbeitstitel: Weststraße in Köln-Meschenich, 2. Änderung 4375/2012

RM Sterck ist der Ansicht, bei diesem Konzept handele es sich um eine sogenannte „Briefmarkenplanung“. Er hätte sich eine Planung für die Gesamtfläche gewünscht.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) erläutert, es handele sich um die Änderung eines bereits existenten Bebauungsplanes. Dieser ließe derzeit eine eingeschossige Bebauung mit Dachausbau zu, aus Kostengründen wolle man nunmehr eine zweigeschossige Bauweise bei gleicher Ausnutzung ermöglichen. Denn der Markt habe gezeigt, dass die Nachfrage nach zwei Vollgeschossen höher sei, als ein aufwendiger Dachausbau und den damit verbundenen Schrägen. Das heißt, hier handele es sich lediglich um eine Anpassung des Baurechts an die heutigen Gegebenheiten.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. das Verfahren zur 2. Änderung des Bebauungsplanes 65360/05 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet südlich der Weststraße (Gemarkung Rondorf, Flur 50, Flurstücke 581, 582, 584, 585 und 587) in Köln-Meschenich —Arbeitstitel: Weststraße in Köln-Meschenich, 2. Änderung— als vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB einzuleiten;

2. den Änderungsentwurf mit gestalterischen Festsetzungen nach § 3 Absatz 2 BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der FDP-Fraktion.

- 13.2 Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses und erneuter Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes mit geänder-tem Geltungsbereich sowie Beschluss über die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Salmstraße in Köln-Poll
3244/2013**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

- 14.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 6444 Nb/03 (65459/03)
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Ludolf-Camphausen-Straße in Köln-Neustadt/Nord
2281/2013**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplanes 6444 Nb/03 (65459/03) für das Gebiet zwischen Vogelsanger Straße, Innere Kanalstraße, Venloer Straße und der westlichen Grenze des Grundstückes Gemarkung Köln, Flur 43, Flurstück 675 —Arbeitstitel: Ludolf-Camphausen-Straße in Köln-Neustadt/Nord— nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten und ihn zum Zwecke der Aufhebung mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen nach § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen;
2. von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 BauGB abzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**14.2 Aufhebung der Fluchtlinienpläne 1032 und 1033
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Egonstraße in Köln-Stammheim/-Flittard
3026/2013**

Auf Nachfrage des SE Weisenstein wird seitens der Verwaltung verneint, dass die Aufhebung dieses Fluchtlinienplanes in Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion der Siedlung stehe.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Aufhebung der Fluchtlinienpläne 1032 und 1033 für einen circa 77 m breiten und circa 1 350 m langen Bereich, nördlich und östlich des Klärwerkes Stammheim gelegen, zuzüglich einer nördlich des Klärwerkes am Hochwasserdamm gelegenen kleinen Fläche in Köln-Stammheim/-Flittard — Arbeitstitel: Egonstraße in Köln-Stammheim/-Flittard— nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten und ihn zum Zwecke der Aufhebung mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen nach § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen;
2. von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 BauGB abzusehen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Mülheim ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 Sonstige Satzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

17 Mitteilungen

**17.1 Illuminierung der Heidelberger Straße in Köln-Buchforst
3171/2013**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.2 Versorgung mit Lebensmitteln in Kalk
3295/2013**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.3 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2012, Ausblick 2013
3346/2013**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**17.4 Fahrradverleihsysteme in Köln
3530/2013**

Herr Höhn (KVB) erläutert die Inhalte der vorliegenden Mitteilung.

Vorsitzender Klipper bevorzugt für den Innenstadtbereich feste Stationen, da sie seines Erachtens eher zur Ordnung beitragen. Er bittet darum, nach spätestens zwei Jahren das Ergebnis einer Überprüfung vorzulegen.

**17.5 Grundstück Severinstraße 214-218, Voranfrage zur Klärung des Planungsrechts
1790/2013**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

18.1 – Mündliche Anfrage des SE Möbius zur Gestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes

Unter Hinweis auf die Berichterstattung in der Presse möchte SE Möbius wissen, ob die Verwaltung tatsächlich beabsichtige, die Platzfläche des Kurt-Hackenberg-Platzes mit einer Schwarzdecke zu überziehen.

Beigeordneter Höing dementiert ein solches Vorhaben. Derzeit gebe es lediglich ein Grundlayout für die Platzfläche, es seien aber noch keine Entscheidungen zur konkreten Ausgestaltung getroffen worden. Sobald es hierzu eine abgestimmte Konzeption gebe, werde diese den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt. Auf Nachfrage des Vorsitzenden Klipper führt Herr Höing weiter aus, dass er unmittelbar nach der Berichterstattung in der Presse eine Richtigstellung verfasst habe, die jedoch leider nicht abgedruckt worden sei.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzender Klipper schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Karl-Jürgen Klipper
Ausschussvorsitzender

gez. Marianne Michels
Schriftführerin